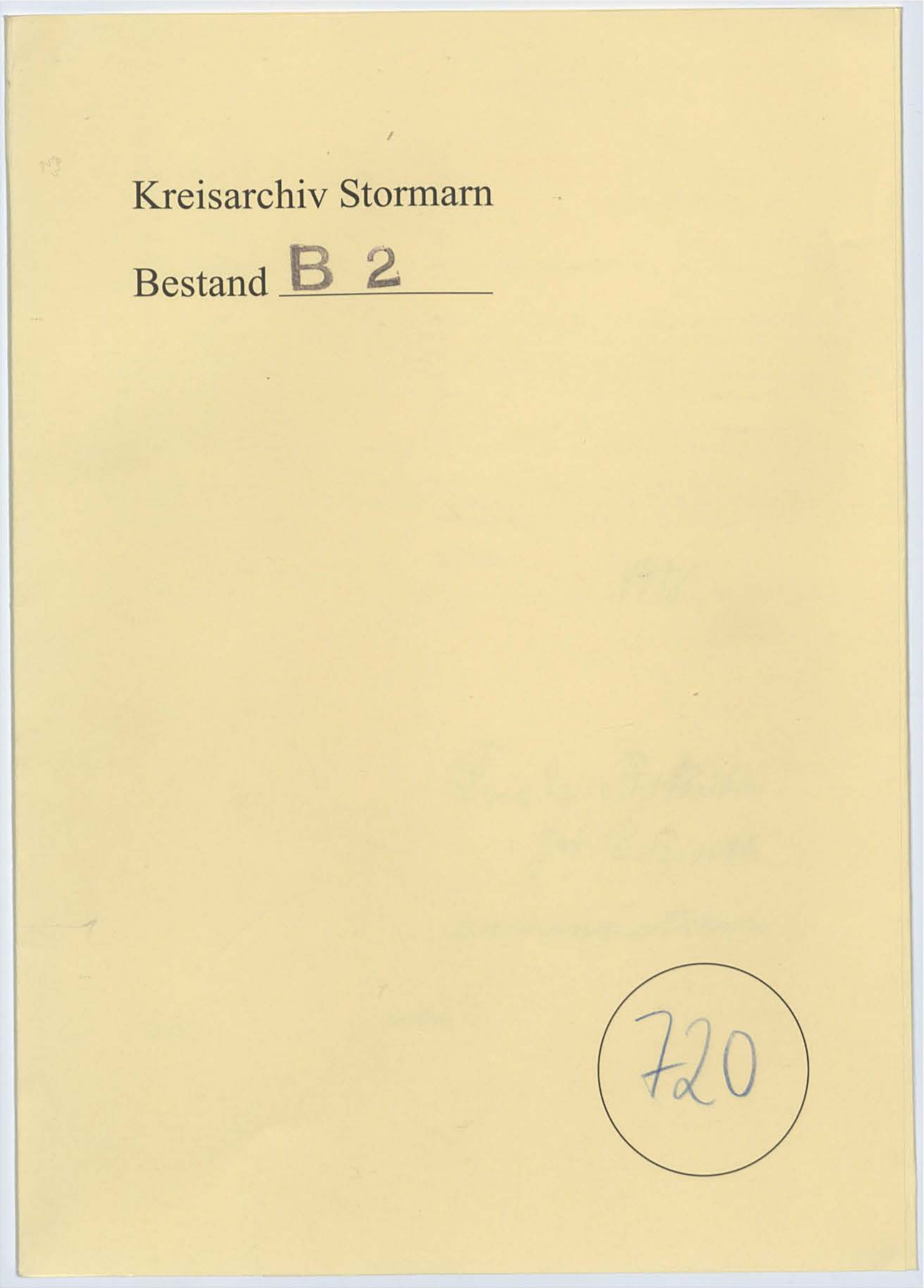




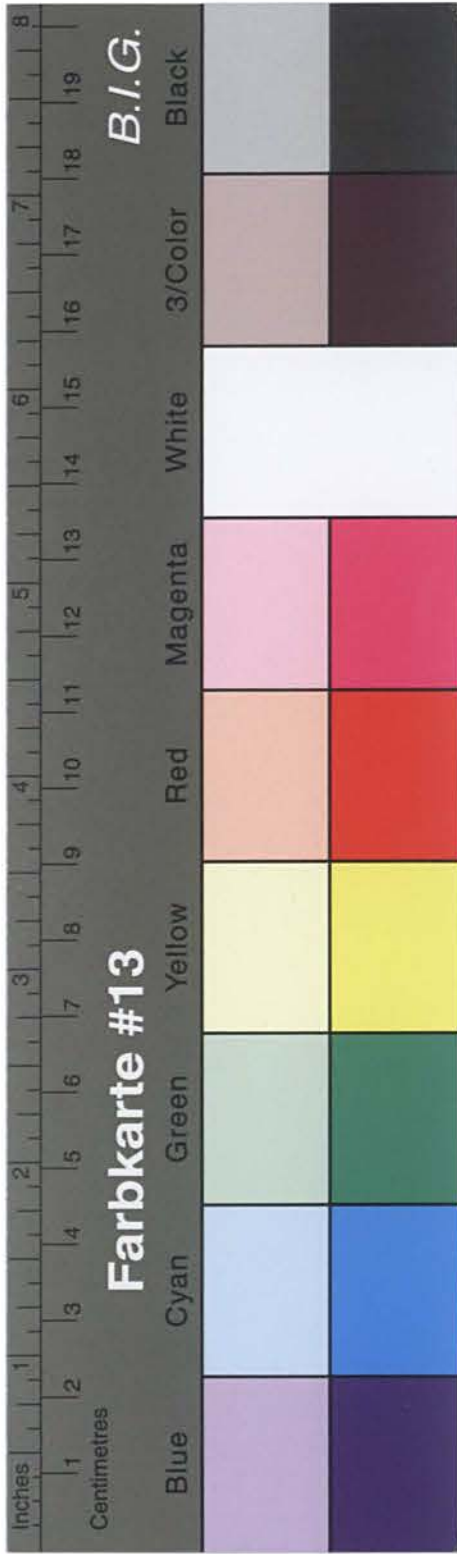
Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

720



Kreisarchiv Stormarn B2

Frieda R o k i t a

Reimbek Kr. Stormarn, d.15.11.49
Querstr.7

An die
Verwaltung des Kreises Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss
B a d O l d e s l o e

Betr.: Antrag auf Haftentschädigung

Hiermit stelle ich den Antrag auf Haftentschädigung und begründe diesen wie folgt:

Ich wurde am 6.9.1944 auf die Denunziation eines Reimbeker Einwohners, welche inzwischen verstorben ist, verhaftet und zunächst nach Schwarzenbek, später in das Frauengefängnis Lübeck-Lauerhof verbracht. Die Anzeige erfolgte wegen angeblicher Verächtlichmachung des NS-Regimes und Zersetzung der Wehrkraft. Am 6.11.1944 wurde ich entlassen, nachdem das Verfahren eingestellt wurde.
Als Beweismittel für meine Haftzeit füge ich ein Schreiben meiner Rechtsanwälte in Lübeck, sowie die von mir bezahlte Haftkostenrechnung bei.
Eine Anerkennung seitens des KSA ist bisher nicht erfolgt.
Aufgrund des erlassenen Haftentschädigungsgesetzes beanspruche ich eine Entschädigung für die unrechtmässig erlittene Haftzeit von

2 Monaten

Ich betreibe unter der angegebenen Adresse seit 1938 einen Damen-Frisier salon.

Anlagen

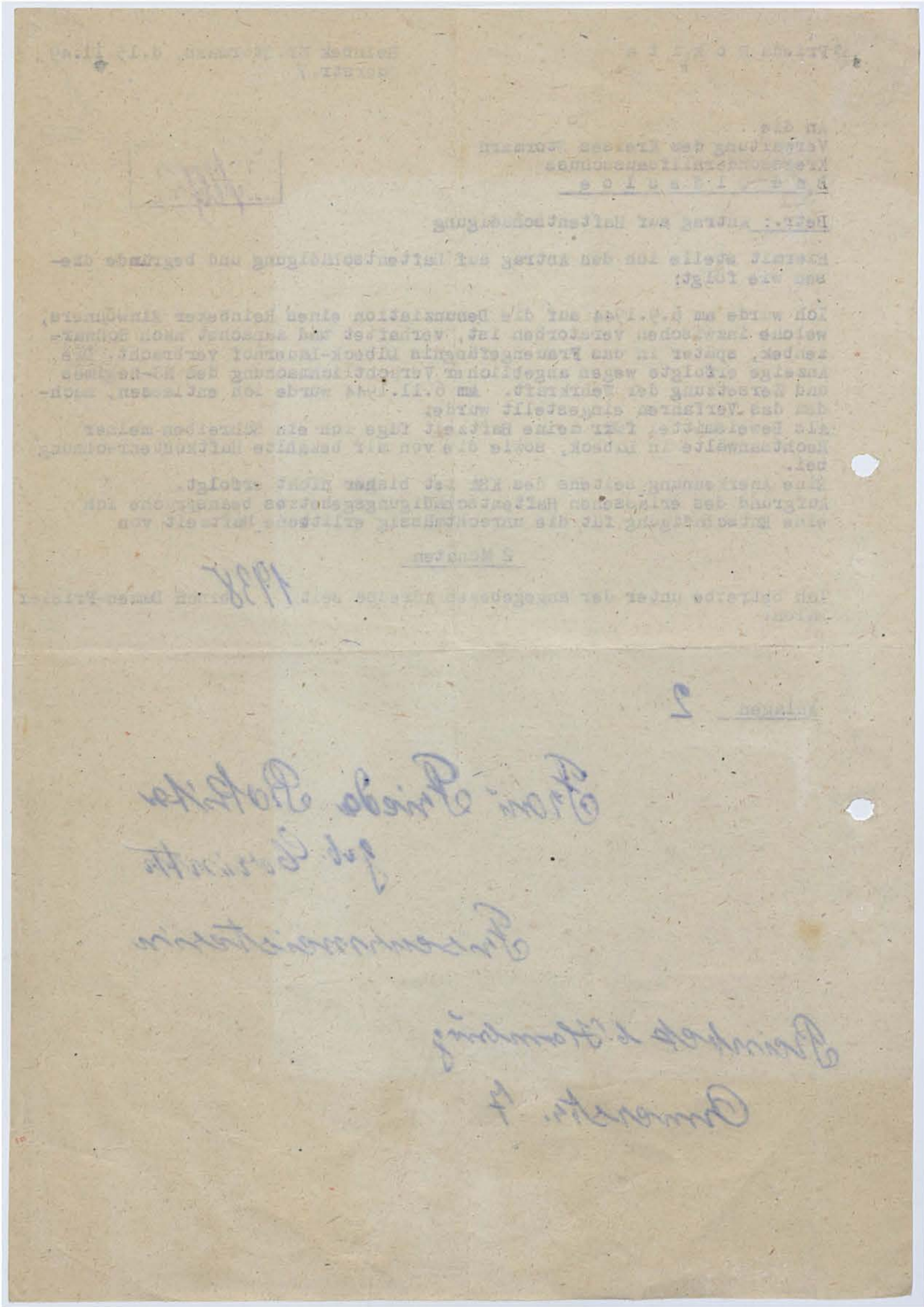
2

Frau Frieda Rokita
geb. Corintha
Friseurmeisterin

Reimbek b. Hameln
Ammerstr. 7



Kreisarchiv Stormarn B2



Gerichtskasse **24** **Kiel**, den **11. Oktober 1944**

siehe Innenseite
(Angabe der Konten)

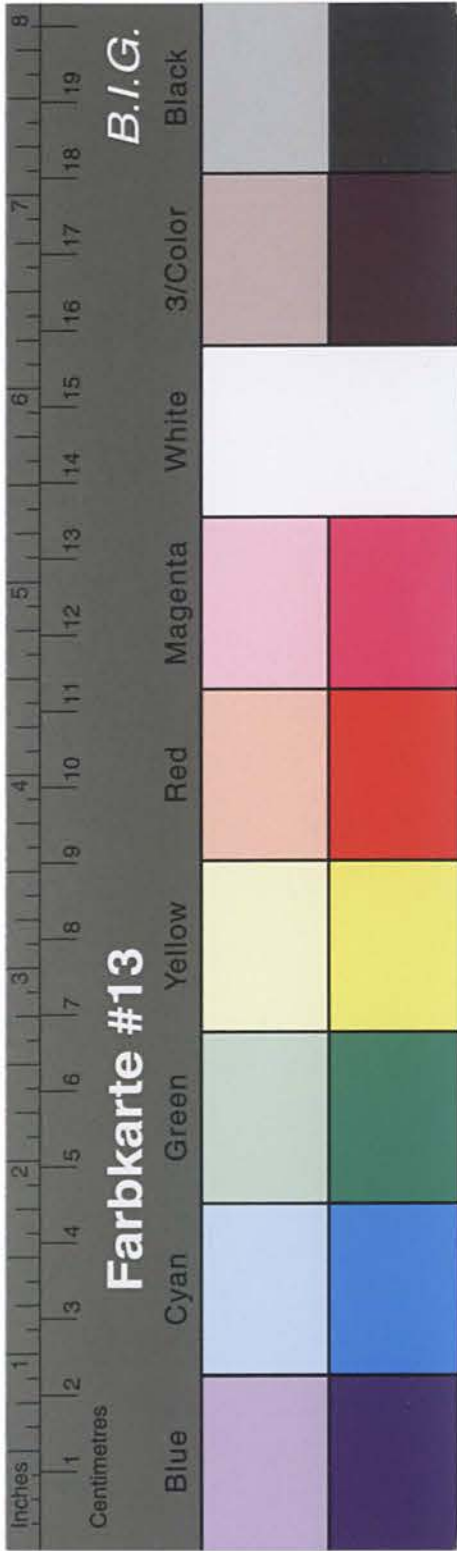
Rassenzahlen:
3854
Es wird gebeten, dieses Rassen-
zeichen bei Einfindung oder
Überweisung anzugeben.

Bernsprecher: siehe Innenseite
Rassensunden von ... bis ... Uhr.
Die Namen und Unterschriftsproben der bei Quittungen
zur Unterschriftserteilung berechtigten Beamten sind im
Rassenraum angeschlagen.

Sie werden ersucht, die umstehend berechnete Kostenschuld von
138, RM 50 Pf.
binnen einer Woche auf eines der oben bezeichneten Konten der Gerichtskasse post-
gebührenfrei einzuzahlen oder zu überweisen (Rassenzahlen angeben!).
Die Zahlung kann auch unter Vorlage dieser Rechnung im Geschäftszimmer
der Gerichtskasse **Lorentzendamm** **Strasse 35** geleistet werden.
Der Betrag darf **nicht in Gerichtskostenmarken** entrichtet werden.
Der Überbringer dieser Rechnung ist zum Empfang des
Geldes nicht berechtigt.
Nach Ablauf der Zahlungsfrist ist die **zwangsweise Ein-
ziehung ohne weitere Mahnung zulässig.**
Durch die Zahlung wird die Erinnerung oder Beschwerde gegen den Kosten-
ansatz nicht ausgeschlossen. Erinnerung oder Beschwerde entbinden aber nicht von
der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung des angeforderten Betrags.

Erwiesen durch Postcheck
14. Oktober 1944
Teil **27** Blatt **1/2** Quittung.
erhalten. EGSt. A Nr. ...
Denkstempel
Gerichtskasse
den 19. 19...

Kost. Nr. 3. Reinschrift der Kostenrechnung § 26 Abs. 5 RStBf.)



Kreisarchiv Stormarn B2

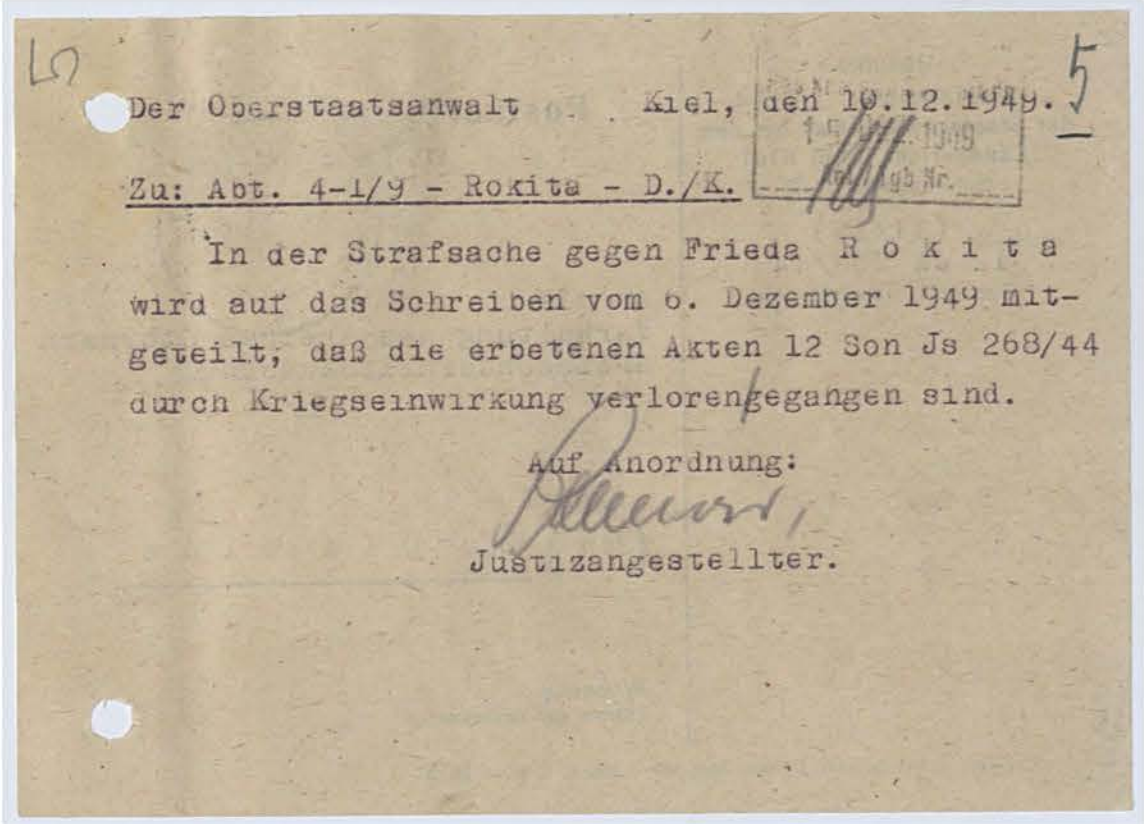
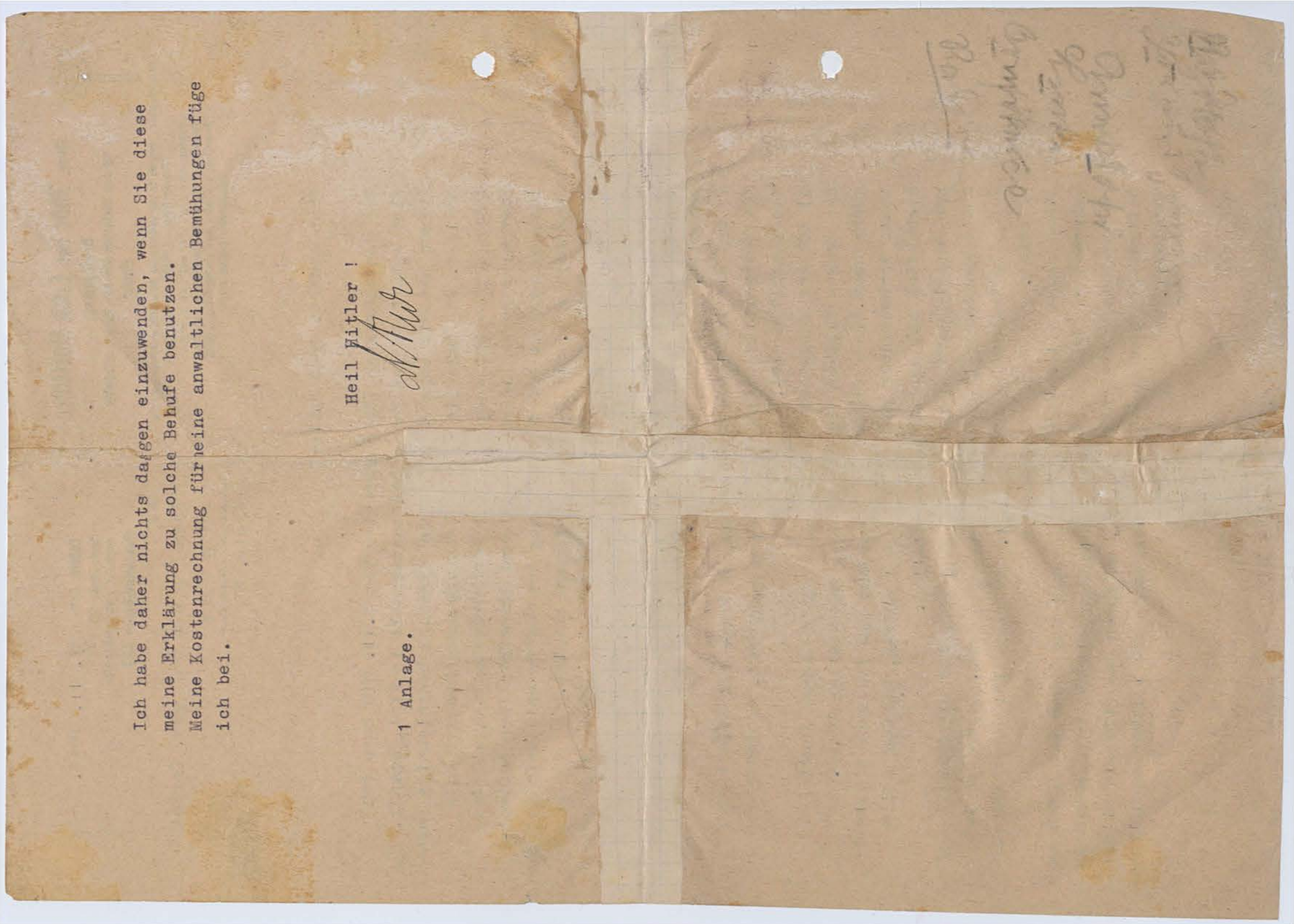
gericht
— Staatsanwaltschaft Kiel —
Geschäftsnummer: 12 Son.Js. 268/44

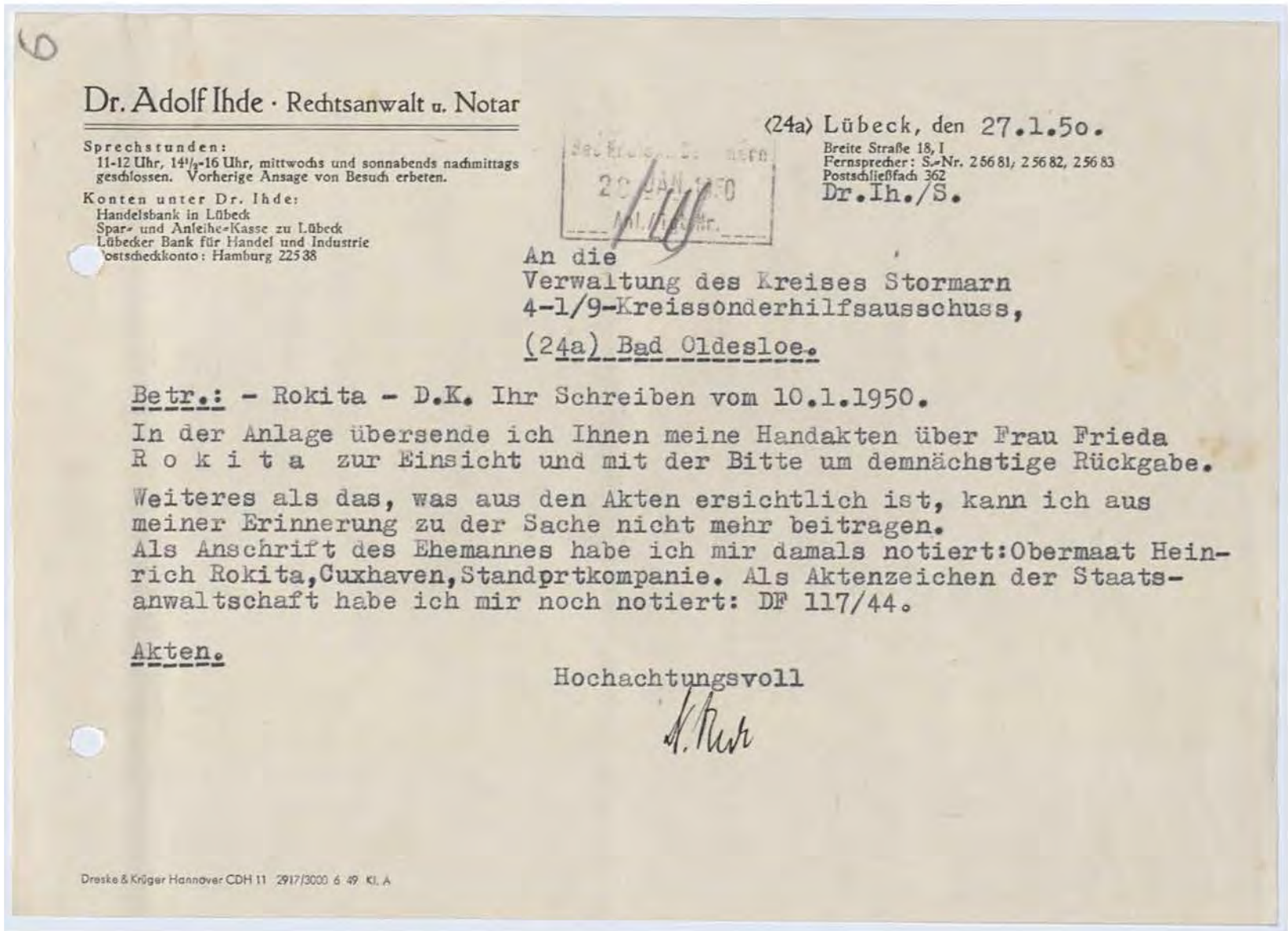
Kostenrechnung

in der Strafsache Sache ./. Rokita

| Nr. | Gegenstand des Kostenanlasses und Hinweis auf die angewandte Vorschrift | Wert des Gegenstandes RM | Es sind zu zahlen RM | Ref. |
|---|---|--------------------------|----------------------|------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | |
| 1. | Haftkostenvorschuss | | 138, 50 | |
| Wir erklären uns bezgl. dieses Betrages durch Aufrechnung für befriedigt. | | | | |
| Gerichtskasse. | | | | |
| <i>Seemann, Haupt</i> | | | | |

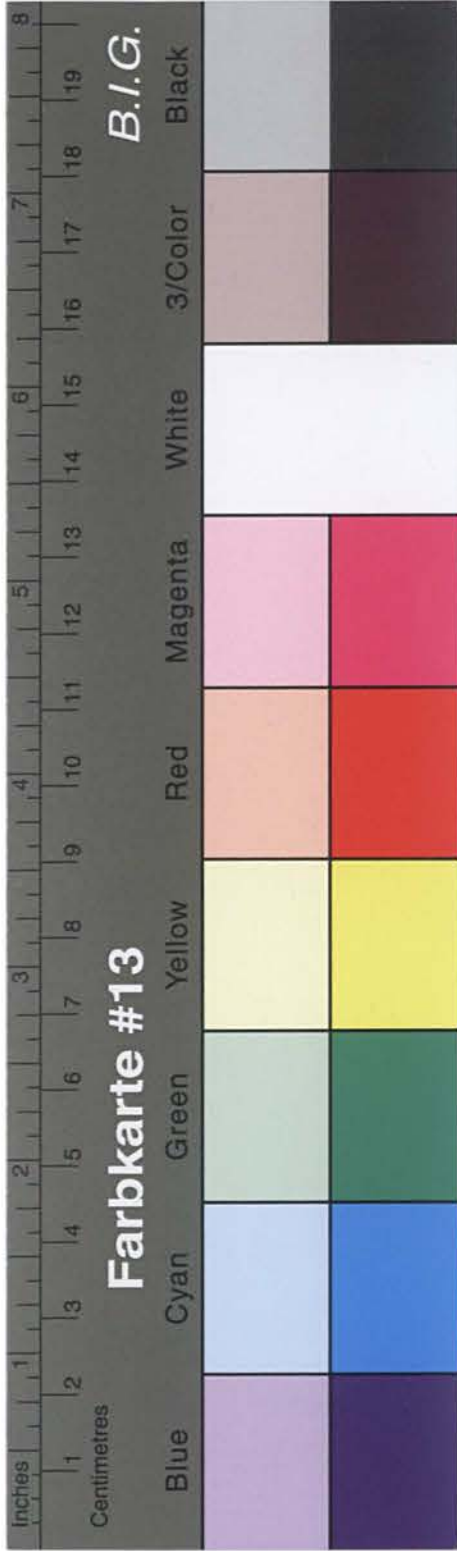
38



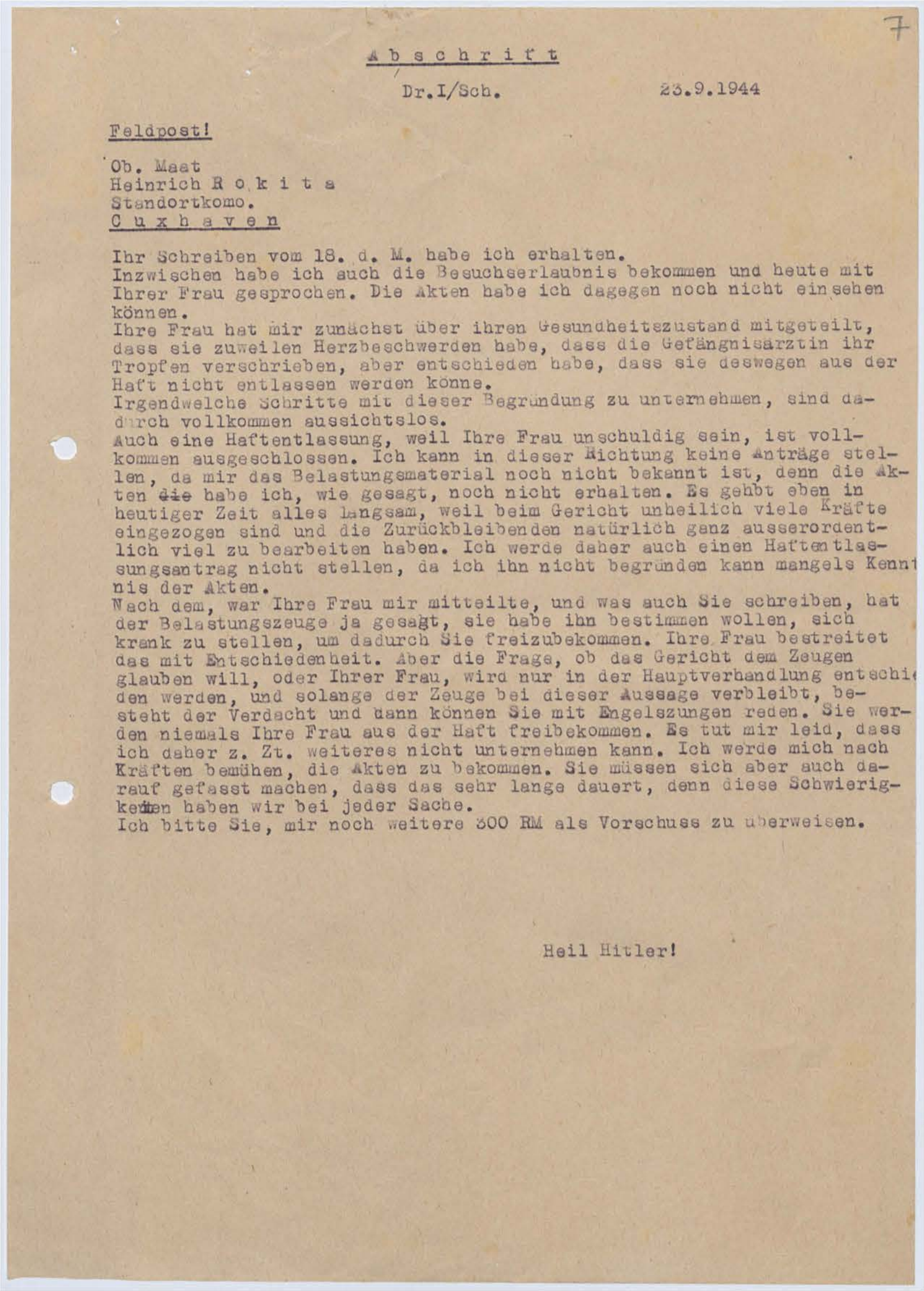
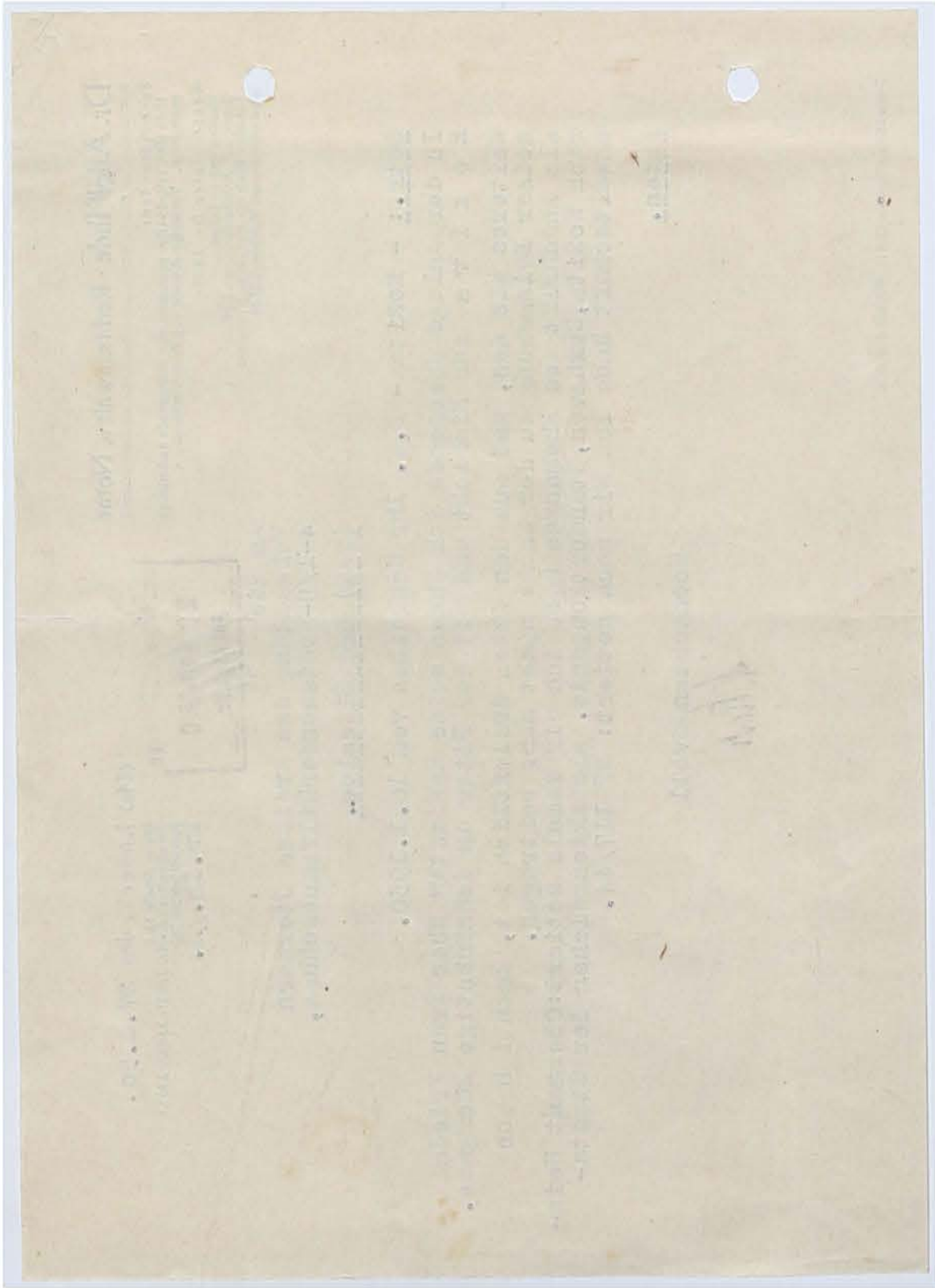


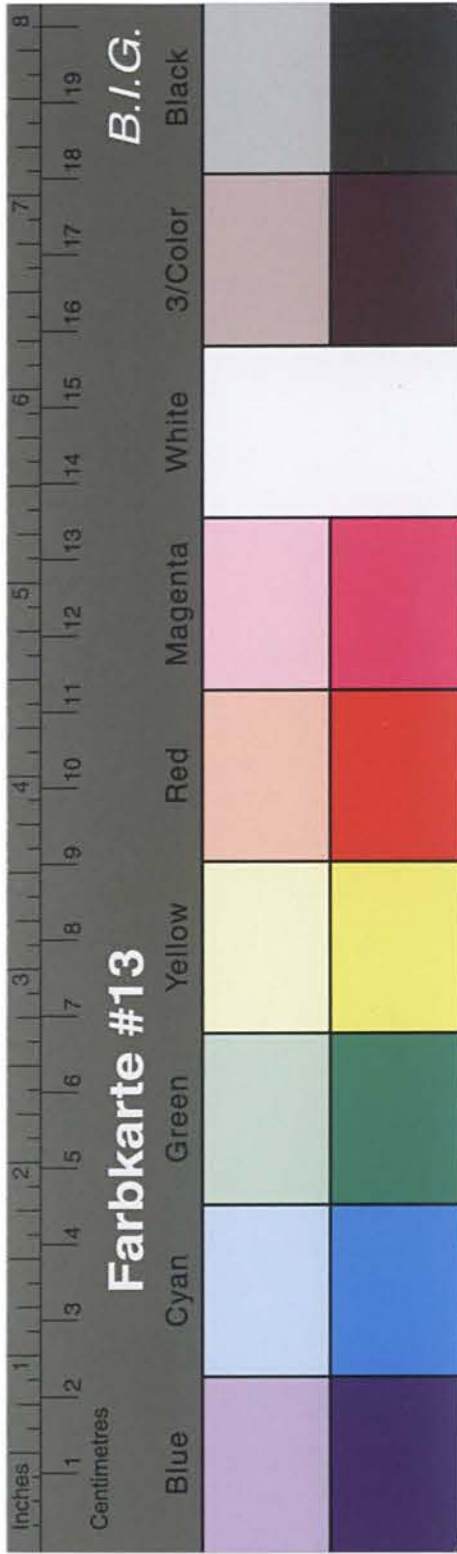
Kreisarchiv Stormarn B2



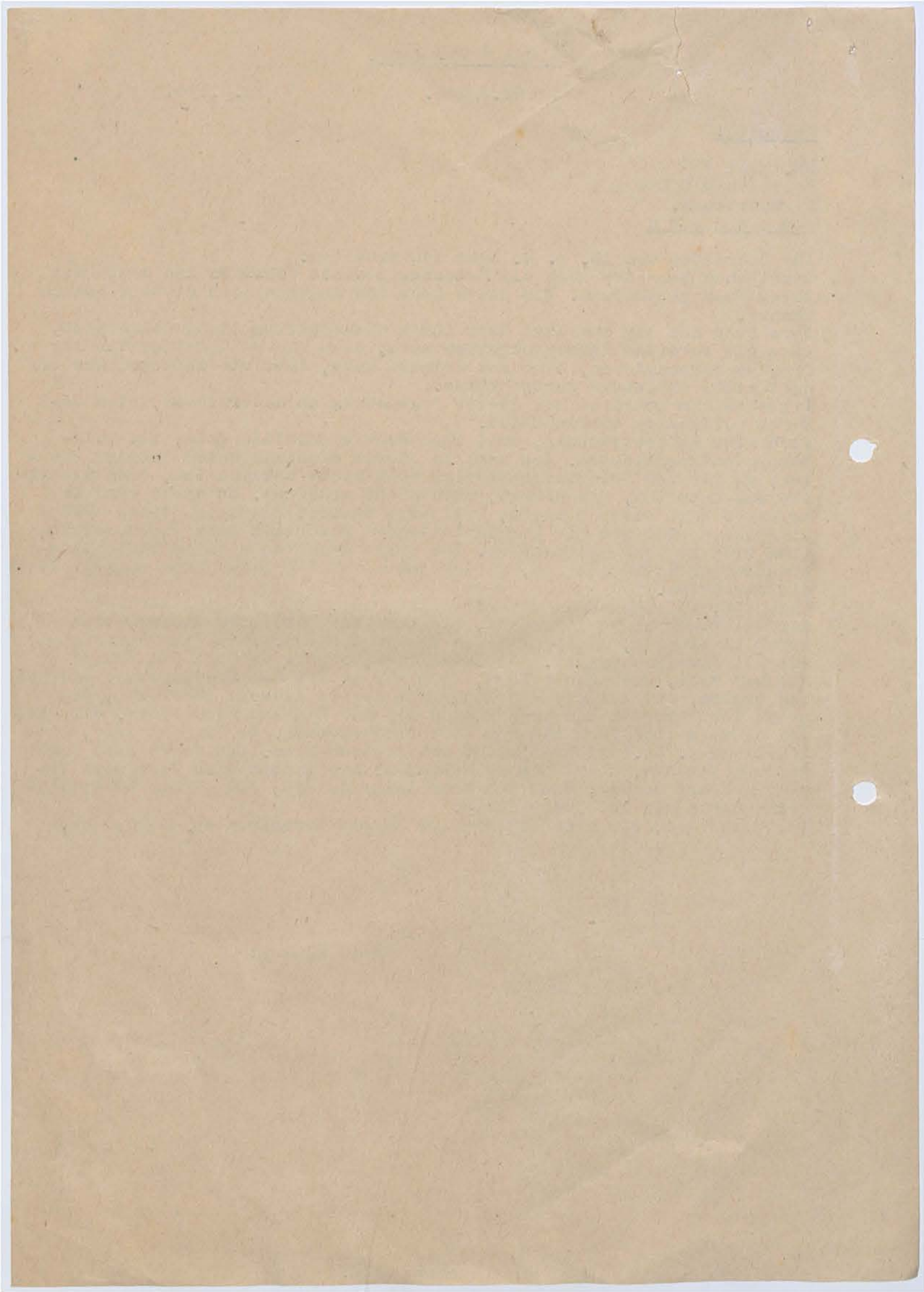


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



8

A b s c h r i f t

Gesuch
des M.A.Ob.Mts. Heinrich Rokita um
Hattentlassung seiner Ehefrau
Frieda, geb. Corinth
Az.: Amtsgericht Schwarzenbek
Gs 117/44 -

Cuxhaven, den 25. September
1944

An die
Staatsanwaltschaft bei
dem Landgericht
in L ü b e c k

Am 6.9.1944 ist meine Ehefrau, Frieda R o k i t a, geb. Corinth, wohnhaft Reinbek, Querstrasse 7, verhaftet worden. Sie befindet sich seit diesem Tage im Frauengefängnis in Lübeck, Lauerhof. Am 12.9. habe ich bei dem Saalbearbeiter, Herrn l. Staatsanwalt Dr. Hildebrandt, ein Gesuch um Hattentlassung meiner Ehefrau eingereicht, darüber bisher noch keine Entscheidung erhalten. Ich wiederhole hiermit das Gesuch und lege gleichzeitig gegen die Verhattung Beschwerde ein. Zur Begründung weise ich nochmals auf folgenden hin:
Ich stehe im 53. Lebensjahre und bin seit dem 25.2.1944 zum Wehrdienst einberufen. Ich gehöre als M.A. Obermaat der Marinestandortkompanie in Cuxhaven an. Im Zivilberuf bin ich Friseur und habe bis zu meiner Einberufung einen Herren- und Damensalon in Reinbek betrieben. Diesen Salon habe ich im Jahre 1938 von dem Friezeit Max Kirsten in Reinbek, Querstrasse 7, gekauft. Als ich erkrankte, habe ich den Herrnsalon dem Kirsten verpachtet. Ein schriftlicher Pachtvertrag ist nicht abgeschlossen, da ich ihm volliges Vertrauen schenkte. Ich habe ihm auch, weil ich glaubte, bald zurückzukommen, einen ganz billigen Pachtpreis gemacht. Er zahlt nur 30,-- RM monatlich.

Den Damensalon hat meine Frau fortgeführt. Sie ist sehr leidend. Erkrankungen des Herzens und der Blutgefäße machen ihr längeres Arbeiten in dem Damensalon unmöglich. Der sie behandelnde Arzt, Dr. Koch in Reinbek, hat ihr nach Untersuchung erklärt, dass sie arbeitsunfähig wäre. Das hat meine Frau mir nach Cuxhaven mitgeteilt. Ich habe ihr daraufhin gesagt, wir müssten über die Innung ein Gesuch machen, dass ich u.k. gestellt oder länger beurlaubt werden würde. Dieses Gesuch habe ich selbst geschrieben und mit der Erkrankung meiner Frau begründet. Weiter habe ich in dem Gesuch darauf hingewiesen, dass Kirsten bereits 67 Jahre alt und auch oft krank sei, und dass deswegen zu befürchten sei, dass er in absehbarer Zeit auch die Herrengeschäfte nicht mehr weiterführen könne. Diese Angaben waren richtig. Hinsichtlich der Arbeitsunfähigkeit meiner Frau liegt ein Attest von Dr. Koch vor. Der gleiche Arzt wird auch bekunden können, dass Kirsten ständig in seiner Behandlung ist. Er ist magenleidend und bereits zweimal operiert und hat auch häufiger im Geschäft geklagt, dass er nicht mehr könne. Beweis: Zeugnis der Friseurin Gerda Frieser, Reinbek, Querstrasse 6.

Auch mir gegenüber hat er häufig über Schmerzen geklagt, so dass ich ihm des Öfteren Tabletten gegeben habe. Ich habe also in dem Gesuch keine falschen Angaben gemacht. Das Gesuch habe mit dem Namen meiner Frau unterschrieben und dann an den Obermeister der Friseurinnung in Oldesloe geschickt mit der Bitte, dazu Stellung zu nehmen und es an das Wehrbezirkskommando weiterzureichen. Der Obermeister hat es meiner Frau zurückgeschickt und dabei geschrieben: "Es muss ein Attest beigelegt werden."

Da nicht ~~nicht~~ angegeben war, über wen das Attest lauten sollte, hat meine Frau geglaubt, es sei ein Attest für Kirsten nötig. Sie hat ihn deswegen gebeten, er möge sich doch, wenn er wieder zum Arzt gehe, ein Attest ausstellen lassen. Da hat Kirsten auch versprochen. Mit keinem Wort aber hat meine Frau dem Kirsten zugeredet, sich irgendwie krank zu melden, nur um meine U.K. - Stellung zu erreichen. Wenn Kirsten etwas derartiges behauptet,



Kreisarchiv Stormarn B2

so lügt er. Ich benenne die Zeugin Gerda Friesser für die Besprechung zwischen meiner Frau und Kirsten als Zeugen. Ich gebe den Verdacht, dass Kirsten meine Frau nur deswegen belastet, weil er versuchen will, uns aus dem Geschäft herauszudrängen bzw. möglichst lange die ausserordentlich günstige Pacht zu behalten. Nach meinen bisherigen Angaben stammt das Gesuch um meine U.k-Stellung gar nicht von meiner Frau, sondern vor mir. Dass meine Frau keine falschen Angaben gemacht hat oder machen wollte, und dass Kirsten tatsächlich krank ist, werden die von mir angegebenen Zeugen bekunden. Unter diesen Umständen kann von einer strafbaren Handlung meiner Frau gar keine Rede sein und ich bitte daher nochmals dringend, den Haftbefehl gegen meine Frau aufzuheben. Meine Frau ist sehr leidend, hat häufig Herzbeschwerden und ihr Krankheitszustand wird durch die Haft nur verschlimmert. Ausserdem schädigt die Abwesenheit meiner Frau mein Geschäft ausserordentlich. Ich selbst bindurch meinen Dienst als Soldat verhindert, meine Interessen wahrzunehmen. Seit der Verhattung meiner Frau habe ich auch keinerlei Postverbindung mit ihr. Alles das bedrückt mich besonders. Ich bitte daher, meinem Antrag baldmöglichst stattzugeben, damit ich die Sorge um meine Ehefrau los bin und mich als Soldat wieder voll einsetzen kann.

Heil Hitler
gez. Rokita
M.A. Ober Maat

Gericht Admiral Deutsche Bucht.

Abschrift

Dres. Ihde u. Erich Boettcher
Rechtsanwälte und Notare
Lübeck

Handexemplar

Lübeck, den 11.11.1944
Breite Str. 18 , I

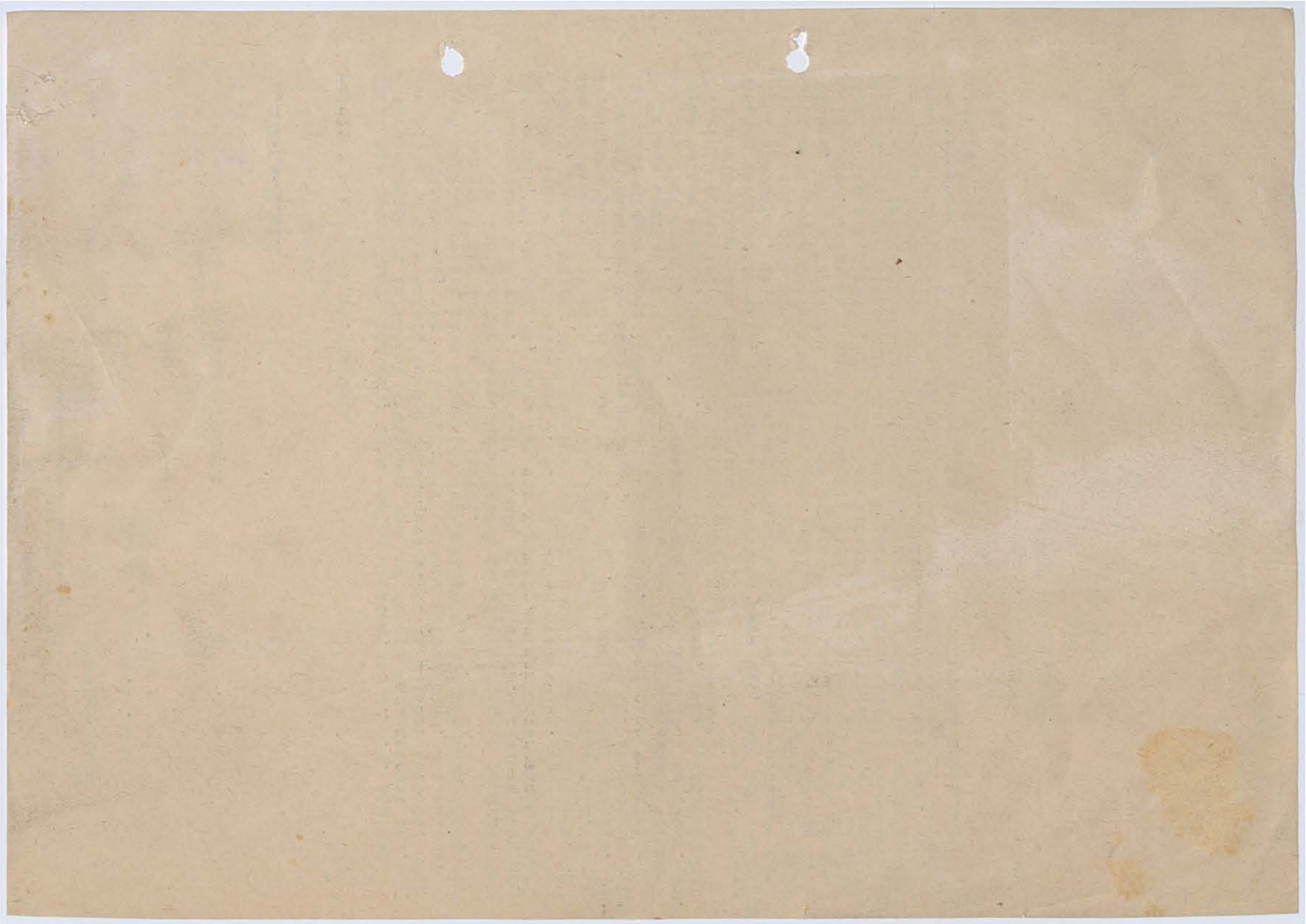
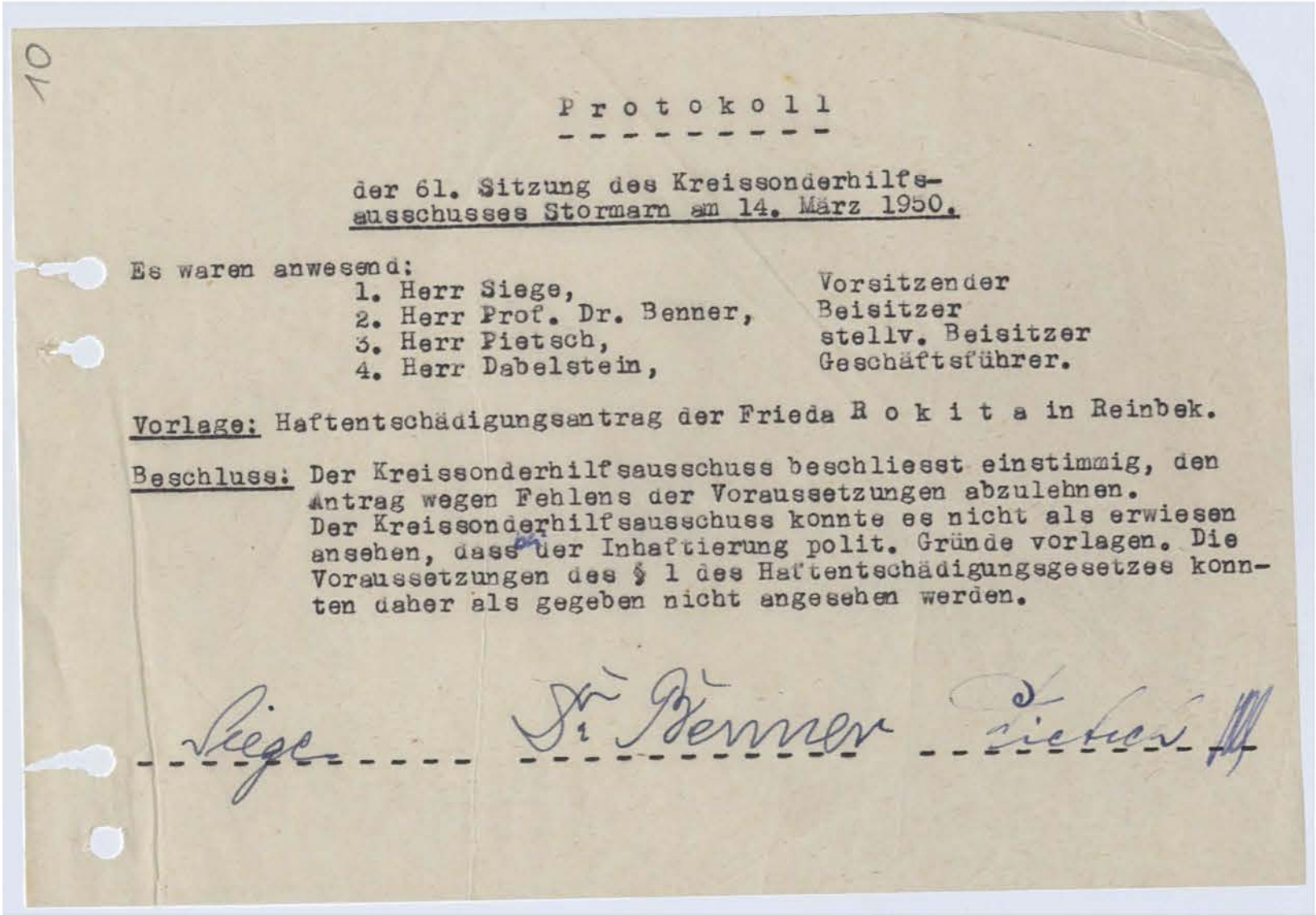
An den
Herrn Oberstaatsanwalt als Leiter
der Anklagebehörde beim Sondergericht
in K i e l

12 Son.Js.268/44

In der Strafsache
gegen
Frieda R o k i t a geb. Corinth

teilt mir meine Mandantin mit, dass sie am Montag, d. 6. d.M. aus der Untersuchungshaft in Lübeck entlassen und auf freien Fuss gesetzt ist. Sie hat sich dann sofort an den Gemeindevorstand in Reinbek gewandt, weil sie den Wunsch hat, ihr Friseurgeschäft wieder aufzunehmen. Sie hat mir durch ihre Schwester eine Abschrift der Erklärung, die sie dort abgegeben hat, zugesandt und die wie folgt lautet:
"Gestern bin ich aus der Untersuchungshaft im Strafgefängnis Lauerhof in Lübeck entlassen worden. Weil kein Termin und keine Verurteilung stattgefunden hat, nehme ich an, dass ich die 2 Monate meiner Untersuchungshaft nur zur Klärung des Falles und m. E. unschuldig verbrachte. Ich habe die Absicht, sofort wieder mein Gewerbe als Friseurmeisterin aufzunehmen. Zu dem Zweck werde ich mich sofort mit dem Obermeister Wulf, Reinfeld, in Verbindung setzen, damit er von sich aus die Genehmigung dazu erteilt. Insbesondere will ich bei ihm beantragen, dass die beiden mir genommenen Lehrlinge mir wieder zur Verfügung gestellt werden. Irgend eine schriftliche Unterlage darüber, dass ich mich unschuldig in Untersuchungshaft befand und das Verfahren gegen mich eingestellt ist, habe ich nicht erhalten. Ich werde meinen Anwalt, Herrn Dr. Ihde in Lübeck bitten, eine entsprechende Unterlage schnellstens zu beschaffen und mir zu übersenden"
Da ich die Akten noch nicht eingesehen und bisher über das was der Angeklagten vorgeworfen wird, nur von ihr erfahren ~~kann~~ hat, kann ich natürlich nicht übersehen, ob die Entlassung erfolgte ist, weil das Verfahren eingestellt ist, oder eingestellt werden soll, oder nur, weil kein Fluchtverdacht oder keine Kollusionsgefahr mehr vorliegt. Ich bitte daher um Mitteilung, ob das Verfahren gegen Frau Rokita eingestellt ist, oder eingestellt wird. Sollte es nicht eingestellt werden, wäre ich dankbar für eine kurze Äusserung darüber, ob noch Verdachtsgründe vorliegen wegen einer Tat, dass dadurch die Wiederaufnahme ihres Berufes nicht angängig erscheint, oder ob es sich lediglich noch um Verdachtsgründe wegen einer Tat handelt, die der Wiederaufnahme der beruflichen Tätigkeit nicht entgegenstehen. Im Interesse des Fortkommens der Frau Rokita und vielleicht im Interesse der Versorgung der Einwohnerschaft in Reinbek bitte ich um möglichst schnelle Bearbeitung.

Der Verteidiger:



Kreisarchiv Stormarn B2



41

L. F. M. M.

in Kiel

Aktz. des Sondergerichts Kiel 12 Son. Js 268/44

Im Auftrage:

| | | |
|----|------------------------|-------------------|
| 4. | HELL BEREGARST, | GEORGI, GADIMPLE, |
| 2. | HELL BERESCH, | STEFJA, BERATZEL |
| 3. | HELL BLOD, DR. BENNER, | BERATZEL, |
| 1. | HELL STEBE, | LOLEITZENDEL |

ES MILEN SUMERUO?

ausgesprochen großem am 14. März 1920.
der 1. Sitzung des Kleinen Ausschusses

БЛОКОТ

Kreisarchiv Stormarn B2



12

10. Januar 1950

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -
- Rokita - D./K.

Herrn
Dres. Ihde und Erich Boettcher
Rechtsanwälte
in L ü b e c k
Breite Str. 18

Frau Frieda R o k i t a in Reimbek hat bei dem Kreissonderhilfeausschuss Stormarn Antrag auf Haftentschädigung gestellt und behauptet, wegen Zersetzung der Wehrkraft zwei Monate in Haft gewesen zu sein. Sie hat ihr Schreiben vom 27.11.44 hier zur Einsichtnahme eingereicht. Aus diesen Unterlagen ist ohne weiteres noch nicht zu entnehmen, aus welchen Gründen Frau Rokita in Haft war. Der Kreissonderhilfeausschuss Stormarn bittet sie im Interesse der Frau Rokita um Überlassung ihrer Akten oder Erteilung eines entsprechenden Auszuges.

Ist Ihnen das Aktenzeichen der Strafsache bekannt?
Ihrer baldigen Mitteilung wird entgegengesehen.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

Referat:
Mitg. um Überlassung der Akten oder zur Erteilung eines Auszuges
Akten. des Sonderhilfeausschusses Stormarn vom 1. 12. 44
In der Strafsache gegen Frieda R o k i t a
in L ü b e c k
Staatsanwaltschaft
in der
- Rokita - D./K.
4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -

5. Dezember 1949

Kreisarchiv Stormarn B2



14

Protokoll

der 61. Sitzung des Kreissonderhilfe-
ausschusses Stormarn am 14. März 1950.

Es waren anwesend:

| | |
|---------------------------|-------------------|
| 1. Herr Siege, | Vorsitzender |
| 2. Herr Prof. Dr. Benner, | Beisitzer |
| 3. Herr Pietsch, | stellv. Beisitzer |
| 4. Herr Dabelstein, | Geschäftsführer. |

Vorlage: Haftentschädigungsantrag der Frieda R o k i t a in Reinbek.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, den Antrag wegen Fehlens der Voraussetzungen abzulehnen. Der Kreissonderhilfeausschuss konnte es nicht als erwiesen ansehen, dass der Inhaftierung polit. Gründe vorlagen. Die Voraussetzungen des § 1 des Haftentschädigungsgesetzes konnten daher als gegeben nicht angesehen werden.

13

in Vorlage:

nach Einmündung mit dem zurück.
in der Angelegenheit des H o k i t a erhalten die Unterlagen die nicht
in der P r o d e o k
Hochschule mit dem
Dr. Adolf I n d e
Herrn

- Rokita - D. K.
4-1/3-Kreissonderhilfeausschuss -

12. März 1950

Kreisarchiv Stormarn B2



15

23. März 1950

4-179-Kreissonderhilfsausschuss -
- Rokita - D./K.

Frau
Frieda R o k i t a
in R e i n b e k
Querstr. 7

In Ihrer Haftentschädigungssache wird Ihnen mitgeteilt, dass der Kreis-
sonderhilfsausschuss in der Sitzung vom 14. d. Mts. beschlossen hat, die
Befürwortung des Haftentschädigungsantrages abzulehnen. Der Kreissonder-
hilfsausschuss konnte es nicht als erwiesen ansehen, dass die Vorausset-
zungen des Haftentschädigungsgesetzes gegeben sind. Ihr Antrag wurde zur
weiteren Entscheidung an die Landesregierung in Kiel abgegeben.

Im Auftrage:

ten dieser als Beleg zur Verfügung gestellt werden.
Anschließend wird der Haftentschädigungsantrag nach
Ergebnis der Verhandlung mitgeteilt. Die
den Kreissonderhilfsausschuss konnte es nicht als erwiesen
ansehen, dass die Voraussetzungen des Haftentschädigungsgesetzes
gegeben sind. Ihr Antrag wurde zur weiteren Entscheidung an die
Landesregierung in Kiel abgegeben.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschließt einstimmig, den
Antrag: Haftentschädigungsantrag der Frau R o k i t a in Reinbek
zu ablehnen.

1. Herr Beige, 2. Herr Beige, 3. Herr Beige, 4. Herr Beige
5. Herr Beige, 6. Herr Beige, 7. Herr Beige, 8. Herr Beige
9. Herr Beige, 10. Herr Beige, 11. Herr Beige, 12. Herr Beige
13. Herr Beige, 14. Herr Beige, 15. Herr Beige, 16. Herr Beige
17. Herr Beige, 18. Herr Beige, 19. Herr Beige, 20. Herr Beige

Es waren anwesend:

P r o t o k o l l

Kreisarchiv Stormarn B2



16

23. März 1950

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Rokita - D./K.

1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. 1/8 A Pol. Wi.Gu.
in K i e l

Retrifft: Haftentschädigungsantrag Frieda R o k i t a in Reinbek.

In der Anlage wird die Handakte des Kreissonderhilfsausschusses überreicht mit der Bitte um Entscheidung über den gestellten Haftentschädigungsantrag.

Der Kreissonderhilfsausschuss hat diesen Antrag in seiner Sitzung vom 14. d. Mts. nicht befürworten können, da es nicht als erwiesen angesehen werden kann, dass die Voraussetzungen des § 1 des Haftentschädigungsgesetzes gegeben sind.

2/4.

Im Auftrage: *lin*

28/3.50

Im Auftrage:

Haftentschädigungsantrag Frieda Rokita in Reinbek.

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Rokita - D./K.

23. März 1950

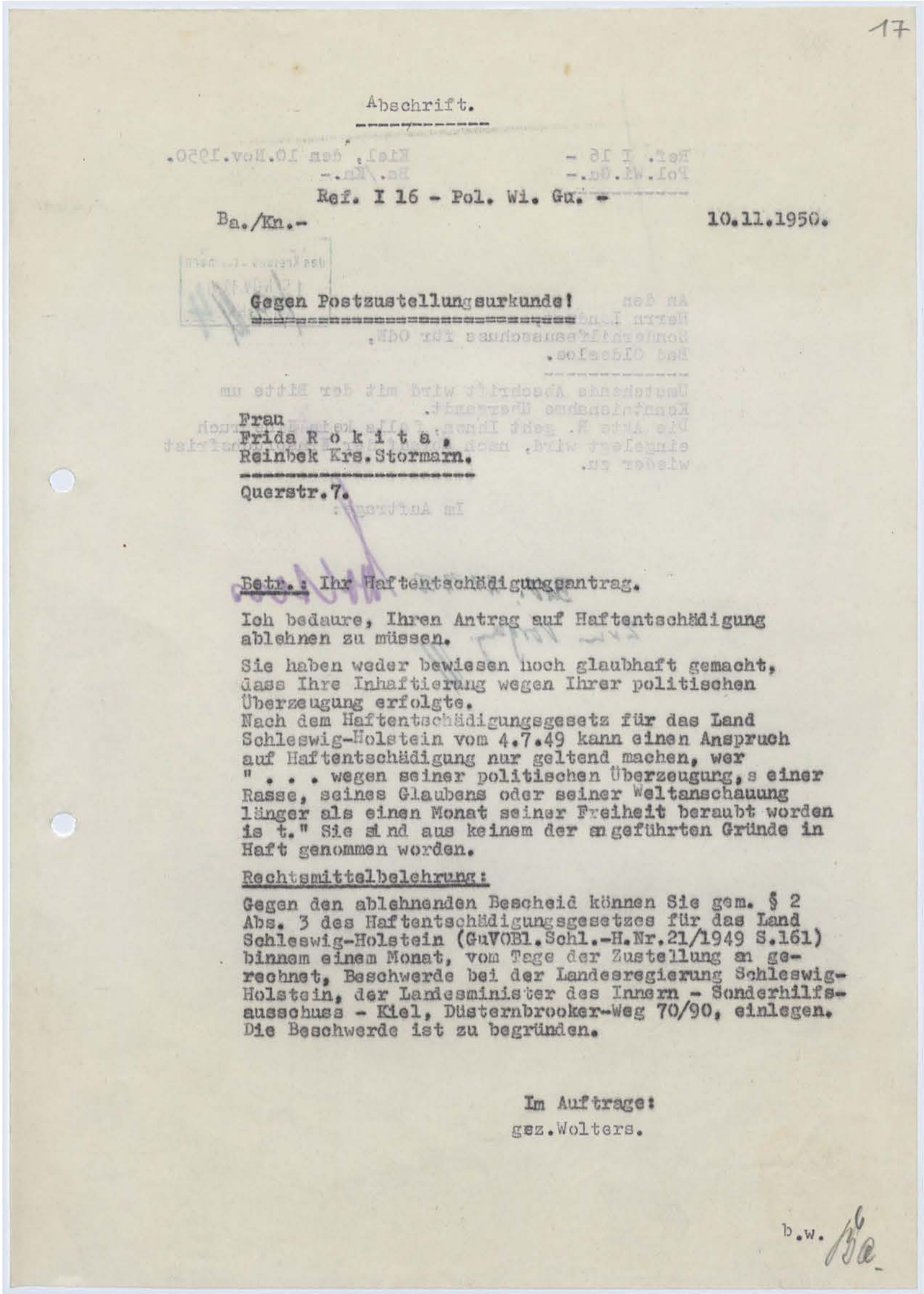
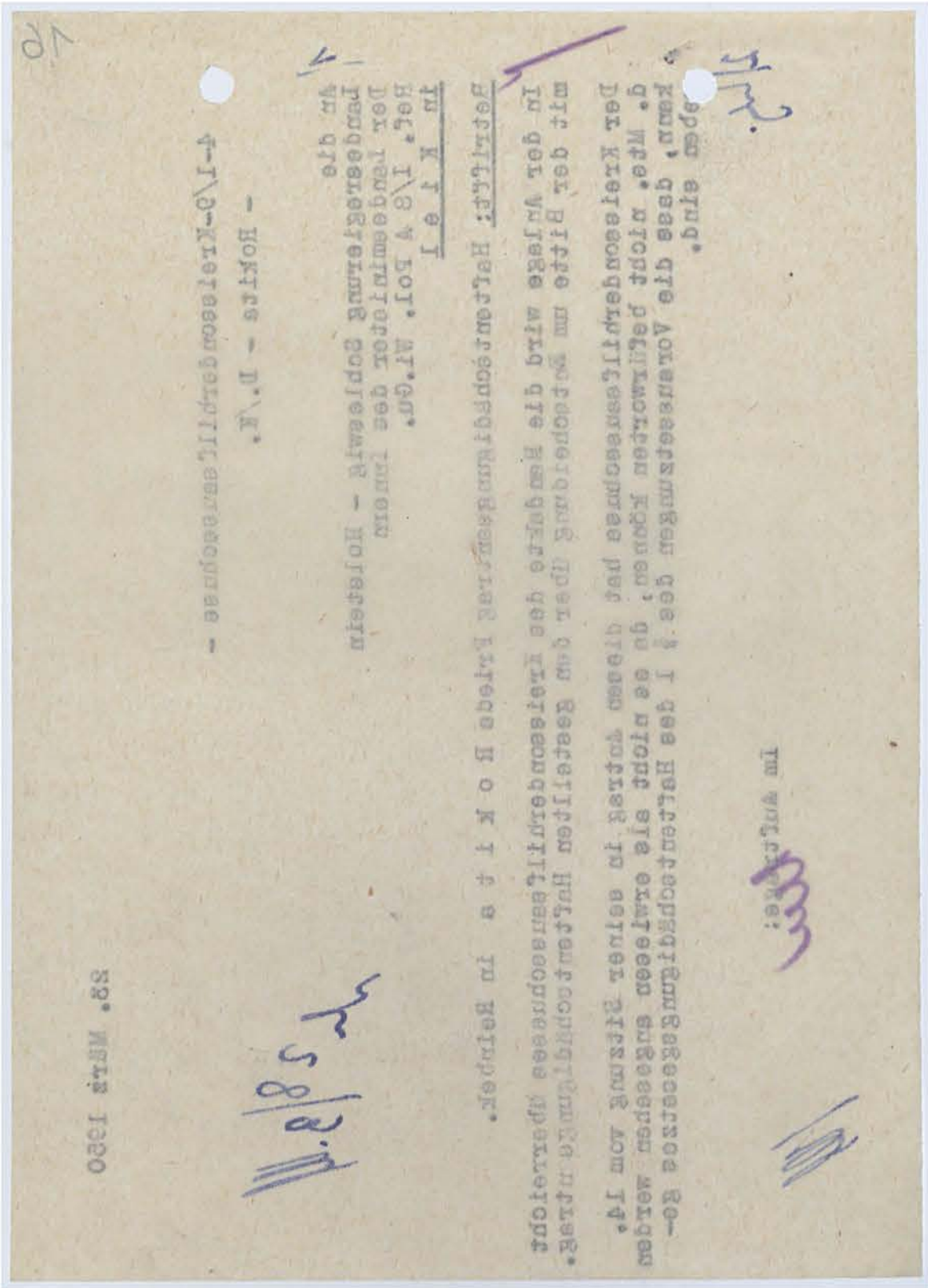
7

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





gemacht zu haben. Der Kreissonderhilfsausschuss Stormarn hat in seiner Sitzung vom 14.3.1950 beschlossen, den Haftentschädigungsantrag nicht zu befürworten, da bei der damaligen Inhaftierung keine politischen Gründe vorliegen. Der Landesminister des Innern hat den Antrag abgelehnt, da die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 des Haftentschädigungsgesetzes nicht gegeben waren. Gegen diesen Bescheid richtet sich die Beschwerde.

Entscheidungsurkunde:

Unstreitig befand sich die Beschwerdeführerin in der angegebenen Zeit in Haft. Ebenso unstrittig wird die Tatsache nicht wegen ihrer politischen Überzeugung - so wie es das Haftentschädigungsgesetz in § 1 Abs. 1 verlangt - verurteilt. Ihre Freiheit beraubt. Es ist bewiesen, dass die Beschwerdeführerin a. Zt. inhaftiert wurde, weil sie verdächtig war, durch falsche Angaben die U.K.-Stellung ihres Mannes zu treiben. Nach der Untersuchung durch den Oberstaatsanwalt wurde das Verfahren eingestellt. Die Beschwerde musste abgewiesen werden.

Machtmittelbelehrung:

Gegen diesen "Schluss" ist das Rechtsmittel der Klage bei dem Landesverwaltungsgericht in Schleswig. Regierungsbünde, gegeben. Die Klage ist innerhalb eines Monats, nach Zustellung dieses Beschlusses bei dem oben genannten Gericht einzureichen. (Vgl. § 48 der Verordnung Nr. 165 der britischen Militär-Regierung betr. Verwaltungsgerichtsbarkeit in der britischen Zone.)

Beisitzer:

Gez. Ditz

Beisitzer:

Gez. v. Pausnorn

Angefertigt:
Kiel, den 16. April 1951.

a. p. Reg. Insp.

BdD. 23.4.51

Zum Vorgang

Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Referat I 16 Pol. Wi. Gu. SHadL HE / 324

Kiel, den 11. Juni 1951.

12 JUNI 1951

An den
Herrn ~~Landrat~~ / Landrat
- Sonderhilfsausschuss für OdN -
in Bad Oldesloe

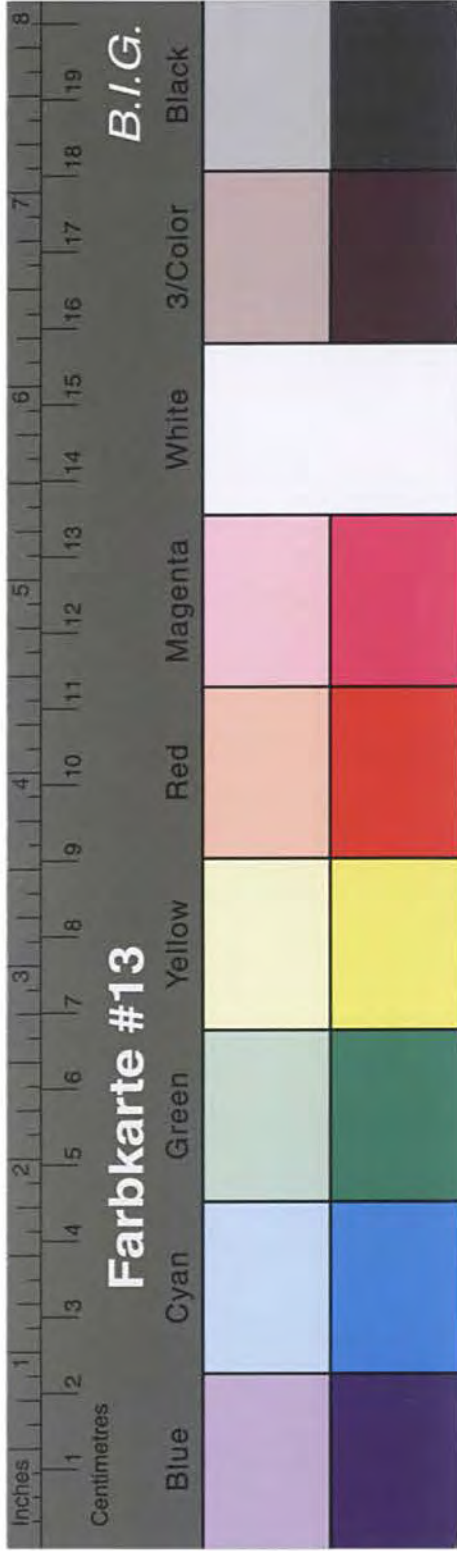
Betr.: Rückgabe von Personalakten.
Vorgang: Dort. Schreiben vom 23. März 1950 -4-1/9 KSHA. -

In der Anlage übersende ich Ihnen die Personalakte der Frau Frieda R o k i t a, Reinbek, Omerstrasse 7..... nach Ablauf der Einspruchsfrist zum dortigen Verbleib.

Anlage: 1 Pers.-Akte.

BdD. 14.6.51
Zum Vorgang

Im Auftrag:



Kreisarchiv Stormarn B2

